

Westerwelles Auswärtstaktik

Wie die Außenpolitik der nächsten Jahre aussehen könnte

Nach der Bundestagswahl wird eine schwarz-gelbe Koalition das Land regieren. Es ist zu erwarten, dass die FDP das Außenamt übernehmen wird. In der aktuellen Ausgabe fragt *Internationale Politik*: Welche Prioritäten würde ein Außenminister Guido Westerwelle setzen? Welche Lösungsvorschläge hält er für wesentliche Felder der deutschen Außenpolitik bereit?

IP: Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts: Wie steht es mit dem Projekt Europa, wenn das nationale Parlament gestärkt wird? Kann Deutschland Motor einer Integration bleiben? Und geht es um Erweiterung oder Tiefe?

Westerwelle: Erweiterung und Vertiefung der EU sind keine Gegensätze. Jetzt geht es aber zuallererst darum, die EU in die Lage zu versetzen, dass sie ihre für uns alle so wichtige Funktion auch in Zukunft erfüllen kann. Der Lissabonner Vertrag ist ein Meilenstein auf diesem Weg und eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg aller noch folgenden Integrationsschritte.

Das Bundesverfassungsgericht hat im Lissabon-Urteil unterstrichen, dass dem Gesetzgeber bei der Übertragung von Souveränitätsrechten eine besondere Integrationsverantwortung zufällt. Nach dem Lissabonner Vertrag können die Nationalstaaten Souveränitätsrechte in vielen Fällen auch ohne förmliche Ratifikation auf die EU übertragen. Das Urteil macht unmissverständlich klar, dass dies nicht ohne Zustimmung des Parlaments möglich ist. Nur die Bürgerinnen und Bürger, nicht die Regierungen, vermitteln die erforderliche demokratische Legitimation.

Zugleich steht außer Zweifel, dass die außen- und europapolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands erhalten bleiben muss. Dem trägt auch das Bundesverfassungsgericht Rechnung, denn es betont die Europarechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes. Die Rolle Deutschlands als Motor der Integration ist durch das Urteil nicht in Frage gestellt. Deutschland ist Teil eines Staatenverbunds, dessen historischer Erfolg – 60 Jahre Frieden in Freiheit und Wohlstand – auf der Fähigkeit zu Kompromissen und dem Verzicht auf nationale Alleingänge beruht. Genauso gilt, dass nur jener, der über Verhandlungsspielräume verfügt, bei Beratungen auf EU-Ebene sein ganzes Gewicht in die Waagschale werfen kann.

IP: Wie geht es mit den transatlantischen Beziehungen weiter? Juniorpartner oder Akteur auf Augenhöhe? Was hat Europa den USA zu bieten? Und ist es überhaupt lieferfähig?

Westerwelle: Für viele Menschen in der Welt sind die USA immer ein Orientierungspunkt für Freiheit, Wohlstand und Gerechtigkeit gewesen. So haben auch viele Deutsche die USA über die schwierige Zeit des Kalten Krieges hinweg zu Recht gesehen – und übrigens auch jenseits des Eisernen Vorhangs, wo die USA immer eine enorme Anziehungskraft auf die Menschen ausgeübt haben. Dieses Bild hat in den vergangenen acht Jahren durch viele außen- wie innenpolitische Fehler der US-Administration Risse bekommen. Mit der Wahl von Barack Obama zum Präsidenten haben die Amerikaner ihre Fähigkeit zum Politikwechsel beeindruckend unter Beweis gestellt. Dabei sind es weniger die Ziele als die Wege, die Barack Obama von seinem Vorgänger unterscheiden – Dialog statt Isolation, Einbindung statt Eindämmung, Kooperation statt Unilateralismus, Stärke des Rechts statt Recht des Stärkeren.

Der Blick auf die großen Themen der internationalen Politik – Afghanistan, Iran, Proliferation, Freihandel statt Protektionismus, Klimawandel, HIV/Aids und vieles andere – macht deutlich, dass es keine zwei Weltregionen gibt, die mehr Werte und Interessen miteinander teilen als Europa und die USA. Und die Erfahrung hat zudem gelehrt, dass keiner der Partner diese Probleme im Alleingang lösen kann. Deshalb liegt es in unser aller Interesse, dass sich der Westen wieder gemeinsam den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellt. Wir wollen und brauchen den engen Schulterschluss mit den USA.

Deutschlands und Europas Rolle hat sich gegenüber den USA zweifellos in den vergangenen 20 Jahren fundamental verändert. Als „Frontstaat“ des Kalten Krieges fiel Deutschland in der amerikanischen Außenpolitik eine ganz andere Rolle zu, als dies jetzt der Fall ist. Meine Partei hat es deshalb als schweres Versäumnis wahrgenommen, dass die Bundesregierung die Möglichkeit, den Prozess der Neuausrichtung amerikanischer Außenpolitik nach den Präsidentschaftswahlen zu beeinflussen, ungenutzt hat verstreichen lassen. Die Bundesregierung hat die Chance vertan, sich mit eigenen Ideen und Vorschlägen einzubringen und damit die Neuausrichtung amerikanischer Geostrategie mit zu beeinflussen. Einer der Gründe hierfür liegt darin, dass die Begeisterung für Barack Obama in Deutschland nirgends so wenig geteilt wurde wie in der Bundesregierung.

IP: Was sagen Sie zu Afghanistan: Exit-Strategie oder Bekenntnis zum Engagement?

Westerwelle: Jeden Bundeswehreinsatz wollen wir so schnell wie möglich wieder beenden. Man sollte aber nicht den Eindruck erwecken, als wären Exit-Strategie oder Bekenntnis zum Engagement Alternativen, die zum gleichen Ziel führten. Jetzt aus Afghanistan abzuziehen hieße, das Land wieder radikalen Islamisten zu überlassen, die erst die eigene Bevölkerung terrorisieren und dann

den Terror in die Welt tragen. Die Bilder von öffentlichen Hinrichtungen und die Zerstörung religiöser Stätten durch die Taliban sind mir noch ebenso gut im Gedächtnis wie der 11. September 2001. Beides darf es in Zukunft nicht mehr geben. Dass man dies nicht dauerhaft von außen garantieren kann, ist vollkommen klar. Deshalb müssen die Afghanen so schnell wie möglich in die Lage versetzt werden, selbst für die Sicherheit in ihrem Land zu sorgen, damit die Entwicklung in anderen Bereichen weiter voranschreiten kann.

Dann wird auch der Zeitpunkt gekommen sein, einen schrittweisen Abzug der internationalen Truppenpräsenz in Afghanistan einzuleiten. Bei der Polizeiausbildung ist die Bundesregierung zu lange ihren selbst eingegangenen Verpflichtungen nicht ausreichend nachgekommen. Wer aber heute überstürzt abziehen will, der macht Kabul wieder zur Hauptstadt der Terroristen in der Welt. Wir sind nicht aus Altruismus in Afghanistan, sondern zum Schutz unserer eigenen Sicherheitsinteressen.

IP: Wie ist eine atomare Aufrüstung des Iran zu verhindern? Wie müsste der Umgang mit einer Atommacht Iran gestaltet werden? Und weiter: Wie wollen, wie können sich Deutschland und Europa für eine Friedenslösung in Nahost einsetzen?

Westerwelle: Der Streit um das Atomprogramm mit der iranischen Regierung ist die eine Seite des Iran-Bildes, die Demonstrationen im Nachgang zu den Präsidentschaftswahlen sind eine andere. Es ist bewundernswert, wie viele gerade junge Menschen sich derzeit im Iran für Rechtsstaat und Demokratie einsetzen. Im Iran steht eine Generation auf, die hervorragend ausgebildet und westlich orientiert ist und die sieht, dass die derzeitigen Machthaber ihr mit ihrer Politik Chancen verbauen, die ihnen die Welt bietet. Diese Menschen wollen profitieren von den Chancen der Globalisierung. Feindbilder, Konflikte und Selbstisolation sehen sie zu Recht als Hindernis für ihre ganz persönliche Lebensgestaltung. Der Geist, in dem diese Menschen für eine bessere Zukunft eintreten, wird sich auch mit Repressalien nicht wieder in die Flasche zurückdrängen lassen.

Eine Lösung im Streit um das iranische Atomprogramm fällt den Beteiligten auch deshalb so schwer, weil ihr Verhältnis durch viele Traumata belastet ist. Einer der Schlüssel zur Lösung liegt ohne Zweifel im iranisch-amerikanischen Verhältnis. Präsident Obama hat in seiner Kairoer Rede einen Kurswechsel vollzogen und einen ersten mutigen Schritt gemacht. Mit seiner Würdigung der iranischen Kultur und seinem Angebot zu direkten Verhandlungen hat er sich deutlich von der Eindämmungs- und Eskalationspolitik seines Vorgängers abgegrenzt. Er hat seine Fähigkeit zur Deeskalation unter Beweis gestellt, ohne dabei naiv zu sein. Das ist auch deshalb richtig und wichtig, weil es den Hardlinern in Teheran die Möglichkeit nimmt, den Westen als Provokateur darzustellen, was gerade angesichts des innenpolitischen Drucks im Iran wieder versucht wird.

Ein weiterer Schlüssel zur Entschärfung des Atomstreits liegt in der Umsetzung des Nichtverbreitungsvertrags (NPT), also einer konsequenten Politik der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle. Zwei wesentliche Elemente des

NPT-Vertrags sind das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt sowie das garantierte Recht zur friedlichen Nutzung der Atomenergie. Je ernster die existierenden Atomkräfte ihre Verpflichtung für eine nuklearwaffenfreie Welt nehmen, desto glaubwürdiger werden sie auch gegenüber Staaten wie dem Iran, denen eine nukleare Bewaffnung verlockend erscheint. Hinsichtlich des Rechts auf eine friedliche Nutzung der Atomenergie sind kreative Ansätze gefragt, die den Energieinteressen der einen ebenso gerecht werden wie den berechtigten Sicherheitsinteressen aller anderen. Die Idee der Multilateralisierung des Brennstoffkreislaufs ist eine Möglichkeit, die uns dabei vielleicht weiterhelfen könnte. Wie bei nahezu allen Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle kommt es auch hier auf eine lückenlose Kontrolle an.

Im Nahost-Konflikt wirbt die FDP seit langer Zeit für einen regionalen Ansatz nach dem Vorbild des KSZE-Prozesses. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass es wenig Sinn macht, alle Teilkonflikte in der Region separat zu behandeln, weil die Verflechtung zwischen den Konflikten viel zu groß ist. Deshalb muss versucht werden, alle betroffenen Parteien in ein Verhandlungsformat einzubinden, das so weit wie möglich von der immer wieder hoch angespannten Tagespolitik losgelöst ist. Aus Sicht meiner Partei ist vollkommen klar, dass ein Leben in Frieden und in sicheren Grenzen für Israel, ein Ziel, dem deutsche Außenpolitik immer verpflichtet sein wird, und ein eigenständig überlebensfähiger palästinensischer Staat voneinander nicht zu trennen sind.

Deutschland kann im Nahen Osten hilfreich sein, weil wir zum einen in enger Freundschaft zu Israel stehen, aber gleichzeitig auch hohes Ansehen in weiten Teilen der arabischen Welt genießen. Zudem haben wir mit der Überwindung des Kalten Krieges glaubhaft unter Beweis gestellt, dass wir Mechanismen finden können, die schwerste politische Gegensätze entschärfen und letzten Endes sogar überwinden können. Beides ist ein Kapital, das wir im Nahost-Konflikt klug einsetzen sollten.

Zugleich wäre es eine gewaltige Selbstüberschätzung zu glauben, Deutschland und Europa könnten im Nahost-Konflikt im Alleingang bewegen, was in den vergangenen Jahrzehnten nicht gelungen ist. Eine starke Rolle der USA, Russlands und auch der Vereinten Nationen ist für eine Friedenslösung in Nahost unabdingbar. Auch deshalb begrüße ich ausdrücklich, dass US-Präsident Obama sich von Beginn seiner Präsidentschaft an so intensiv um den Nahen Osten bemüht und von allen Beteiligten anmahnt, was niemand vorschreiben kann, nämlich klare Zeichen zu Friedens- und Kompromissbereitschaft.

IP: Der Schlagwörter gibt es reichlich: „effektiver Multilateralismus“ oder „vernetzte Sicherheit“; Reform von UN, WTO und IWF; Erweiterung der G-8 zu G-20: Wie soll deutsche Außenpolitik dem Aufstieg der Schwellenländer Rechnung tragen?

Westerwelle: Schwellenländer wie Indien, China oder Brasilien sind längst keine Entwicklungsländer mehr, sondern entscheidende Größen in der Weltpolitik. Ohne Zweifel wird der Einfluss dieser Länder noch weiter wachsen. Auf ihre Beiträge im Bereich globaler Sicherheit, Energie, Klimawandel, Gesundheit

und Ernährung kann kaum mehr verzichtet werden. Das ist gerade für die westliche Staatengemeinschaft eine große Herausforderung, weil es hier um die Notwendigkeit der stärkeren Verflechtung mit Staaten geht, die unsere Werte nicht immer teilen, ja vielleicht sogar gegen sie verstoßen. Deshalb haben wir zum einen ein großes Interesse an einer Stärkung der Vereinten Nationen und damit an der Stärke des Rechts auch in den internationalen Beziehungen. Zum anderen müssen wir für mehr Einfluss und Mitsprache der Schwellenländer auch mehr Verantwortung einfordern.

In Afghanistan beispielsweise haben neben dem Westen mit China, Russland und Indien mindestens drei große Staaten genauso wenig Interesse an einer Rückkehr des Taliban-Regimes wie wir. Im Vergleich zu diesem Interesse sind die Beiträge dieser Länder zur Stabilisierung des Landes eher bescheiden. Ich denke, dass hier jenseits des Militärischen mehr Engagement gefragt und auch möglich ist. In anderer Aufstellung gilt Vergleichbares auch für Nordkorea oder selbst den Iran.

Zudem brauchen wir uns nach meiner Überzeugung nicht zu verstecken, wenn wir auch gegenüber aufstrebenden Schwellenländern Werte wie die Menschenrechte, die wir als universell und unteilbar betrachten, offensiv vertreten. Das Prinzip der Nichteinmischung findet aus unserer Sicht dort seine Grenzen, wo universelle Menschenrechte systematisch verletzt werden.

Die G-20 und die Doha-Runde der WTO stehen beispielhaft für eine globalisierte Welt, die auf Teilhabe und Kooperation setzt. Nirgendwo kann Interessenausgleich besser funktionieren als in multilateralen Organisationen.

IP: Welche außenpolitischen Prioritäten setzen Sie?

Westerwelle: Wir Liberale wollen, dass sich Deutschland wieder an die Spitze jener Staaten stellt, die für eine konsequente Politik der Abrüstung und Rüstungskontrolle eintreten. Konsequente Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten mehr Sicherheit und mehr Vertrauen. Den Trend der vergangenen Jahre – wachsendes Misstrauen und daraus folgend die Gefahr einer neuen Aufrüstungsspirale – gilt es durch eigene Abrüstungsinitiativen umzukehren. Wir haben es für einen großen Fehler gehalten, dass sich Deutschland zuletzt bei den Themen Abrüstung und Rüstungskontrolle so passiv gezeigt hat, obwohl unser Land bei diesem wichtigen Thema große Glaubwürdigkeit genießt.

Abrüstung und Rüstungskontrolle waren Schlüssel zur Annäherung und Überwindung des Kalten Krieges. Deutschland hat beeindruckend unter Beweis gestellt, dass sich Frieden, Freiheit und Wohlstand auch ohne eigene Massenvernichtungswaffen dauerhaft realisieren lassen. Daraus ergibt sich ein politisches Kapital, das es einzusetzen gilt. Gerade wir Deutschen haben weder ein Interesse an einem neuen Rüstungswettlauf auf dem europäischen Kontinent noch in unseren Nachbarregionen wie dem Nahen und Mittleren Osten. Zudem sehen wir uns immer mehr dem Risiko ausgesetzt, dass Massenvernichtungswaffen oder das notwendige Wissen und die Technologie zu deren Herstellung in die Hände von Terroristen geraten. Je mehr Aufrüstung

es gibt, desto größer wird diese Gefahr. Deshalb brauchen wir entschlossene Schritte in der nuklearen wie konventionellen Abrüstung. Das Bekenntnis des US-Präsidenten Obama zu einer nuklearwaffenfreien Welt teilen wir ausdrücklich. Deutschland könnte ein Beispiel abgeben, indem im Rahmen der NATO auf den Abzug der noch bei uns stationierten US-Nuklearwaffen hingearbeitet wird.

Im Verhältnis zu unseren Nachbarn ist es an der Zeit, dass wir den nach Westen so erfolgreichen Prozess der Aussöhnung und der Entwicklung enger Freundschaften auch in Richtung Osten voranbringen. Ich möchte zwischen Deutschen und Polen dieselbe tiefe, gesellschaftliche Freundschaft sehen, wie wir sie zwischen Deutschen und Franzosen erreicht haben. Den bilateralen Beziehungen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten ist in den vergangenen Jahren auch von Deutschland zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden. Dabei ist vollkommen klar, dass ein enger Zusammenhalt der Europäischen Union nach innen auch mehr Handlungsfähigkeit nach außen bedeutet. Eben jener europäische Zusammenhalt nach innen basiert auf dem Prinzip der Gleichwertigkeit aller Mitglieder der Union. Achsenbildungen in Europa oder die Bildung von Direktorien widersprechen diesem Prinzip und sind deshalb der falsche Weg. Deutsche Außen- und Europapolitik war auch deshalb in den achtziger und neunziger Jahren so erfolgreich, weil wir die Interessen der kleineren Staaten ernst genommen und bei der Formulierung unserer eigenen Politikansätze berücksichtigt haben. Hierzu müssen wir wieder zurückfinden. Es ist ein Skandal, dass die Regierung in ihrer Politik gegenüber kleineren europäischen Ländern vor allen Dingen durch abfällige Worte aus dem Munde des Finanzministers aufgefallen ist.

Lesen Sie auch die außenpolitische Grundsatzrede von Guido Westerwelle vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, www.dgap.org